

Position: Autofreie Innenstädte bis 2040

Wir fordern autofreie Innenstädte bis 2040!

Dabei bedeutet autofrei für uns, dass der motorisierte Individualverkehr mit Autos auf ein notwendiges Minimum reduziert wird. Als Bereich der Innenstädte erachten wir die aktuellen Umweltzonen (grüne Plakette) der jeweiligen Städte. Um autofreie Innenstädte bundesweit real-politisch zu erreichen, fordern wir einen schrittweisen Übergang. Bis 2030 sollen Städte ab 100.000 Einwohner*innen eine autofreie Innenstadt besitzen, bis 2035 alle Städte ab 50.000 Einwohner*innen und bis 2040 alle ab 20.000 Einwohner*innen. Unsere Forderungen beziehen sich primär auf den Durchgangsverkehr und den bereits erwähnten motorisierten Individualverkehr.

Um dieses Ziel schrittweise zu erreichen, fordern wir Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auf, auf allen Ebenen sofort und konsequent zu handeln. Konsequent handeln bedeutet, dass ein gestaffelter Übergang vom vermeidbaren motorisierten Individualverkehr hin zur klima- und gesundheitsbewussten Mobilität im Austausch mit allen Beteiligten und besonders betroffenen Personengruppen gestaltet wird. Folgende Forderungen sind erste Schritte auf dem Weg zur autofreien Innenstadt:

- Jährlich erweitert und wartet die Stadt Fahrradverkehrswege und Fußverkehrswege und achtet auf ihre Sicherheit. Neue Radwege entstehen auf Flächen, die zuvor dem motorisierten Individualverkehr vorbehalten waren.
- Der Umfang der Fahrradinfrastruktur (z.B. sichere Fahrradstellplätze) wird jährlich erhöht und gewartet.
- Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird ausgebaut. Er erweitert sein Einzugsgebiet und berücksichtigt auch ländliche und abgelegene Gebiete mindestens in einem Stundentakt. Dabei wird die Größe der Busse dem Bedarf angepasst und es werden alternative Konzepte entwickelt. Der ÖPNV ist preiswert. Finanziell schwache Gruppen fahren kostenfrei.
- Durch die Reduzierung der Parkmöglichkeiten und freigewordene Verkehrsflächen entstandene Freiflächen werden zu Radverkehrswegen, Grünanlagen, Jugendtreffs oder Sportanlagen, also Orte des öffentlichen Lebens, umgebaut.
- In den Unterhaltskosten für Autos spiegeln sich die realen Kosten, die aufgrund der sozialen und ökologischen Schäden entstehen, wieder. Steuervorteile für Dienstwagen werden abgeschafft.
- Innerorts wird eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h angestrebt, um die Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmer*innen zu erhöhen.

Beschlossen auf der Bundesjugendversammlung der BUNDjugend am 26.05.2018

- Wir fordern, dass Arbeitgeber*innen Mitarbeitende, die mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen, finanziell unterstützen und ihnen Vorteile gewähren. Mögliche Ideen wären eine Unterstützung bei der Wartung von Rädern sowie Hilfe bei der Neuanschaffung.